



JAKOB TANNER

## Vom schwierigen Umgang mit der Vergangenheit

In seinem zu Beginn des Kalten Krieges publizierten Roman «1984» schildert George Orwell die Kontrolle eines totalitären Überwachungsstaats. Die Maxime des «Grossen Bruders» lautet: «Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft. Wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit.» Zuständig für Letzteres ist das «Miniwahr» (Ministerium für Wahrheit), das historische Erzählungen umschreibt, Archive aufdatiert und Unpersonen «vaporisiert».

Orwell hatte mit seiner sarkastischen Dystopie die Diktaturen seiner Zeit, die stalinistische Sowjetunion und den gerade besiegten Nationalsozialismus, im Auge. Wechselwirkungen zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft lassen sich allerdings auch in Demokratien feststellen. In markantem Unterschied zur Kontrolle von oben geht es hier um Aushandlungsprozesse von unten. Diese sind auf ein breites Wissen über die Vergangenheit angewiesen, das – nicht nur, aber vorwiegend – von einer der Forschungsfreiheit verpflichteten Geschichtswissenschaft produziert wird.

Seit einiger Zeit werden geschichtspolitische Kontroversen durch Forderungen nach einem Umbau von Gedächtnisorten und weiteren Eingriffen in Erinnerungslandschaften (insbesondere bei Plätzen und Strassennamen) ausgelöst. Gegen solche Vorhaben wird oft das Orwell'sche

Schreckensbild heraufbeschworen, und es wird argumentiert, um eine Gesellschaft, die öffentliche Räume von unliebsamen Namen und Monumenten «säubern» wolle, sei es sei schlecht bestellt.

Auf rechtsextremen Websites wie Medipedia wird in diese Diskussion mit dem selbstentwaffnenden Hinweis interveniert, Adolf Hitler habe sich höchstpersönlich gegen das Umtaufen von Strassen und Plätzen gewandt. Tatsächlich bat der Diktator Ende April 1933 in einer Presseerklärung, «davon absehen zu wollen, historische Bezeichnungen zu verändern». Dies gelte selbstverständlich nicht für «die Namen der Novemberverbrecher», die alle zu verschwinden hätten, wobei dann auf die «alten Bezeichnungen» zurückgegriffen werden solle. Das nationalsozialistische Regime betrieb dennoch eine aggressive Symbolpolitik, deren Kehrseite die terroristische Repression gegen all jene war, die in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg eine demokratische Revolution anstrebten (alias «Novemberverbrecher»). Nach der Befreiung 1945 war deshalb eine gross angelegte Abbruchaktion vonnöten.

Das Problem mit den «alten Bezeichnungen» blieb jedoch weiter bestehen – nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern, so auch in der Schweiz. In jüngster Zeit führte die europaweite ideologische Polarisierung zu einer Erweiterung der historischen Kampfzone. Engagierte Bürgerinnen und Bürger nehmen es nicht mehr hin, dass die Namen von (beinahe nur) Männern, die sich als Rassisten, Kolonialisten, Militaristen sowie Gewaltanhänger hervortaten, «verewigt» werden. Sie plädieren für einen auf menschenrechtliche Standards bezogenen Umgang mit der Geschichte.

Dieses Anliegen einer symbolischen Reparation gilt es ernst zu nehmen – im Bewusstsein darum, dass dieses immer nur punktuell umgesetzt werden kann. Wer hier mit Vorwürfen wie «Geschichtsexorzismus» oder «Revisionismus» hantiert, hat das Problem nicht begriffen. Dieses besteht vielmehr in einem differenzierenden Zugang. Es bieten sich immer verschiedene Optionen an. Der Uni-

versität Lausanne wäre zu empfehlen, die schon 1937 als Skandal bezeichnete Verleihung eines Ehrendoktors an Mussolini zurückzunehmen. Eine Umbenennung des Berner Berggipfels «Agassizhorn» wäre geeignet, die öffentliche Reflexion über Rassismus zu fördern. In Luzern tut man gut daran, den Touristenmagnet «Löwendenkmal» durch eine Dokumentation zu ergänzen, die auf düstere Aspekte der Geschichte der Alten Eidgenossenschaft hinweist. Weil die europäische Aufklärung ein ambivalentes Projekt war (und bleibt) – weder auf seine helle noch seine dunkle Seite zu reduzieren –, werden viele Debatten nicht eindeutig entschieden werden können. Was aber zählt, sind die informierte Meinungsbildung und der Wille zur demokratischen Auseinandersetzung.

JAKOB TANNER ist emeritierter Professor für Geschichte an der Universität Zürich.



KATJA FRÜH

## Eine Nase für Versager

Ich bin Sozialdetektiv. Wie es dazu gekommen ist, weiss ich selbst nicht genau, war aber gar nicht schwer, und es ist ein krass toller Beruf. Ich habe auch richtig Erfolg darin, denn ich habe eine gute Nase für Versager. Bevor ich diesen Job bekam, hielt ich mich selbst für einen. Aber jetzt bin ich wieder wer.

Ich weiss genau, in welchen Vierteln unserer Stadt es den Leuten nicht zum Leben reicht, äh, also ich meine, wo die Betrüger hocken. Nicht, dass man es ihnen immer ansehen würde,